

Landtag von Baden-Württemberg - 97. Plenarsitzung am 12.06.2024

TOP 5: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vom 14. Mai 2024 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: **Verbesserung und Durchsetzung der Arbeitsbedingungen von Praktikanten und zur Bekämpfung von Scheinpraktika ("Praktikumsrichtlinie")**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

bei dem Vorschlag der EU, über den wir heute hier sprechen, geht es um ein wichtiges Thema: bessere Praktikumsbedingungen in der gesamten EU.

Ziel ist es, dass alle jungen Menschen - unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund - die Möglichkeit haben, ein Praktikum unter fairen Bedingungen zu absolvieren.

Der Vorschlag der Kommission enthält zwei wichtige Aspekte: erstens dafür zu sorgen, dass Praktika nicht zur Verschleierung von regulären Jobs genutzt werden, und dass Praktikantinnen und Praktikanten als günstige Arbeitskräfte genutzt werden.

Dazu gehören Transparenzanforderungen über die Lernziele und die Bedingungen der Praktikumsangebote.

Zweitens geht es darum, es den Praktikantinnen und Praktikanten zu ermöglichen, gegen Missbrauch und schlechte Arbeitsbedingungen vorzugehen und ihre Rechte durchzusetzen.

In der EU machen jedes Jahr mehrere Millionen junge Menschen ein Praktikum.

Hochwertige Praktika sind für sie eine wertvolle Gelegenheit, um Berufserfahrung zu sammeln, neue Kompetenzen zu erwerben und schließlich einen guten Arbeitsplatz zu finden. Arbeitgebern wiederum bieten sie die Möglichkeit, Fachkräfte zu finden, auszubilden und dauerhaft einzustellen.

Die Voraussetzungen für qualitätsvolle Praktika sind dabei anständige und klare Arbeitsbedingungen und angemessene Lerninhalte.

Es ist deswegen gut, dass die EU für hohe Praktikumsstandards aktiv wird.

Es geht außerdem um gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Arbeitgebern.

Ausbeutung schadet nämlich nicht nur den Praktikantinnen und Praktikanten, sondern auch den Arbeitgebern, die sich an faire Praktiken halten. Das kann nicht in unserem Interesse sein!

Und schließlich wird mit dieser Initiative auch die Arbeitsmobilität in der EU gestärkt.

Immer mehr Menschen in der EU wollen ein Praktikum im Ausland machen.

Indem Mindeststandards für alle Mitgliedstaaten geschaffen werden, wird sichergestellt, dass das gleiche Schutzniveau und Transparenz überall gelten.

Das ist ein Beitrag zu einer fairen Arbeitskräftemobilität in der EU.

Diese Mobilität öffnet berufliche Türen, stärkt den Arbeitsmarkt in ganz Europa und lässt Europa zusammenwachsen!

Für uns ist also klar, dass viel daran gewonnen ist, wenn es europaweit einheitliche Kriterien für gute Praktika gibt.

Da wird es hier mit einer Richtlinie zu tun haben, gibt es für die Nationalstaaten noch Spielraum in der Umsetzung. Dieser sollte dafür genutzt werden, um bei der Umsetzung genau darauf zu achten, dass nicht unnötig administrative, finanzielle oder rechtliche Auflagen entstehen.

Für den EU- Vorschlag wurde der bisherige Rahmen umfassend geprüft. Alle Interessensträger wurden einbezogen; mit dabei waren auch Vertreter der Wirtschaft.

Auch im weiteren Verfahren muss sichergestellt werden, dass alle Stimmen gehört werden.

Mit einem konstruktiven Einbringen aller Seiten kann am Ende ein gutes Ergebnis für alle dabei herauskommen.

Verlieren wir das Ziel nicht aus den Augen: qualitativ hochwertige Praktika sind der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und für beide Seiten ein Gewinn.

Sie liefern nicht nur den Praktikantinnen und Praktikanten wertvolle Einblicke in die Praxis, sondern sichern unserer Wirtschaft die so dringend benötigten gut ausgebildeten Fachkräfte.

Vielen Dank.